

Ein Bürokratiemonster mit Brisanz

Kommunalfinzen | Landtag diskutiert kontrovers
über eine mögliche Abschaffung der Gewerbesteuer

Von Georg Grünewald

Erfurt – Es klingt nach einem fernen Bürokratiemonster: Eine Gemeindefinanzkommission hat die Bundesregierung eingerichtet. Sie soll Vorschläge erarbeiten, die Gemeindefinzen neu zu ordnen. Aber die vermeintliche bürokratische Kommission könnte sehr reale und brisante Auswirkungen für die einzelnen Gemeinden und ihre Bürger haben.

Die Brisanz liegt in den Details des Auftrages für die Kommission. Denn die soll auch die Möglichkeit prüfen, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch andere Steuern zu ersetzen. Neu ist die Idee nicht, aber höchst umstritten. In Berlin nicht anders als in Thüringen, wie gestern die aktuelle Stunde über die Diskussion zur Abschaffung der Gewerbesteuer und Auswirkungen auf die Kommunen und das Land gezeigt hat.

Die Linke hatte sie beantragt. Denn „wer die Gewerbesteuer abschaffen will, der will die kommunale Selbstverwaltung abschaffen“, befürchtet der Linke-Abgeordnete Frank Kuschel. Stattdessen sollten die jeweiligen Gemeinden ihre Gewerbe-

steuer komplett behalten können, anstatt einen Teil als Umlage an das Land abzuführen, das wiederum über den kommunalen Finanzausgleich Gelder an finanzschwächere Kommunen verteilt.

Suhl mit mehr Einnahmen

Und Kuschel befürchtet, dass nach der Abschaffung der Gewerbesteuer die kommunalen Haushalte nur noch von Arbeitnehmern und Verbrauchern finanziert werden. Nämlich dann, wenn die Kommunen als Ersatz einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer erhalten und das Recht, einen eigenen Aufschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben – Stichwort: Kommunalsteuer.

Auch dies ist ein Thema im Kommissionsauftrag – und im Thüringer Landtag. Dirk Bergner, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion,

hält es für den besseren Weg, eine solche Kommunalsteuer einzuführen. Das würde den Wettbewerb unter den Kommunen erhöhen. Außerdem müsse man sich Gedanken machen, wie man zu verlässlicheren Einnahmen für die Kommunen

kommt. Verlege ein großer Betrieb seinen Firmensitz, brechen der Gemeinde die (Gewerbe-)Steuereinnahmen weg. Die „Gewerbesteuer hat sich als unzuverlässig erwiesen“, meint Bergner, der für ihre Abschaffung plädiert.

Dass sie zudem konjunkturanfällig ist, räumt sogar Kuschel ein. 25 Prozent weniger Gewerbesteuereinnahmen hätten die Kommunen im vergangenen Jahr verkraften müssen. Erfurt gar ein Minus von 47 Prozent, ergänzt Bergner. In Thüringen hätten nur Suhl und Weimar 2009 mehr Gewerbesteuern eingenommen.

„Die Kommunen brauchen Planungssicherheit“, argumentiert deshalb auch der CDU-Abgeordnete Maik Kowalleck. Er tendiert zu Bergners Position und hält es für wichtig, dass der Bund das Thema angeht. Auch Kowalleck hält es für „denkbar“, den Kommunen einen höheren Umsatzsteueranteil und das Recht einzuräumen, einen Aufschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben.

Nicht so der Erfurter Koalitionspartner. „Hände weg von der Gewerbesteuer!“, warnt der SPD-Landtagsabgeordnete Matthias Hey. Das Ganze habe man schon vor acht Jahren disku-

tiert. Mit dem Ergebnis, dass man die Gewerbesteuer stärken solle. Indem man zum Beispiel weitere Gruppen – wie die Freiberufler – einbezieht. Der Steuerwettbewerb sei unerwünscht und eine ziemlich unausgegorenen Idee.

In diese Richtung argumentiert auch der Grünen-Landtagsabgeordnete Carsten Meyer. Sie müsse so reformiert werden, dass sie stabiler wird. Eine „kommunale Wirtschaftssteuer“ schlägt er vor. Gewinnunabhängige Elemente müssten dabei stärker einbezogen werden und auch Freiberufler. Diese könnten die Gewerbesteuer mit der Einkommenssteuer verrechnen. Dann verlöre zwar der Bund an Steuern, aber die Kommunen bekämen mehr und man hätte eine breitere Berechnungsbasis.

Und was meint Innenminister Peter Huber, nachdem sich aus den Äußerungen der Koalitionsabgeordneten Kowalleck und Hey ein potenzieller Koalitionsstreit abzeichnet?

Huber will sich da noch nicht reinziehen lassen. Sein Kommentar: Es sei verfrüht, über Auswirkungen der Abschaffung der Gewerbesteuer zu reden.